

Resolution der IG Metall Jugend

Beschlossen vom Jugendausschuss am 11.02.2016

Dem Rechtsruck entgegen

Wir als IG Metall Jugend betrachten die zunehmende Akzeptanz rechter Ideologien, insbesondere im Zusammenhang mit der AfD, mit großer Sorge. Die Positionen der AfD und anderer rechter Parteien stehen im völligen Gegensatz zu unseren Vorstellungen von einer pluralistischen und solidarischen Gesellschaft.

So schockierte Frauke Petry Ende Januar 2016 mit der Forderung, dass Grenzpolizisten „(...) notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“ sollten, falls Geflüchtete die Grenzen übertreten.

Es ist verbrecherisch und skandalös, Menschen, die vor schwierigen und oftmals lebensbedrohlichen Situationen in ihren Heimatländern und in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft fliehen, an den europäischen Grenzen abzuweisen oder notfalls auch zu erschießen.

Eine Partei, die unter anderem mit Bernd Höcke offenen Rassismus betreibt, den europäischen Integrationsprozess aufkündigen will und einen Schießbefehl fordert, steht völlig entgegen unserem Anspruch von Demokratie und Menschlichkeit. Der gesellschaftliche Diskurs, der von der AfD entscheidend geprägt wird, bewirkt auch einen Rechtsruck auf alle weiteren Parteien, die zum Teil Kernforderungen vom rechten Rand zur Umsetzung bringen.

Dieser Entwicklung gilt es eine Absage zu erteilen und nachdrücklich zu intervenieren. Die IG Metall Jugend stellt sich gegen jegliche rechte Ideologie und stellt die Würde des Menschen in den Mittelpunkt des Handelns.

Integration statt Ausgrenzung

Wir fordern eine aktive Integration anstelle von rassistischer Ausgrenzung!

Wenn Menschen wegen Krieg, Terror und wirtschaftlicher Notlagen ihre Heimat verlassen, brauchen sie Perspektiven, um in ihrer neuen Heimat anzukommen.

Der beste Weg Menschen in unserer Mitte zu integrieren, erfolgt über den Zugang zum Arbeitsmarkt. Dafür bedarf es neben Integrations- und Sprachkursen auch Wege in Bildung und Berufsausbildung.

Gerade die duale Berufsausbildung bietet für junge Menschen eine langfristige Perspektive.

Dazu müssen deutlich mehr gesetzliche und tarifliche Instrumente zur Heranführung an Ausbildung für Geflüchtete geöffnet und ausgeweitet werden. Hier ist insbesondere die Assisierte Ausbildung zu fördern, die für Geflüchtete geöffnet werden muss. Im Anschluss an eine erfolgreiche Maßnahme muss es die verbindliche Möglichkeit für einen Berufsausbildungsplatz geben.

Wenn uns die Integration von Geflüchteten in die Berufsausbildung gelingt, kann ihr ein entscheidender Beitrag zukommen, dem sich in einigen Bereichen abzeichnenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und den demographischen Wandel zu gestalten. Damit das gelingen kann, muss jungen Menschen eine langfristige Bleibeperspektive nach einer erfolgreichen Berufsausbildung eröffnet werden.

Aus diesen Gründen müssen zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden, die weit über das bestehende Ausbildungsplatzangebot hinausgehen, damit auch Jugendlichen, die zur Zeit noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, die Möglichkeit einer Berufsausbildung eröffnet wird. Dies verlangt eine gemeinsame Kraftanstrengung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Die zusätzlichen Ausbildungsplätze sind für uns unerlässlich, um ein klares Zeichen zu setzen, dass die Menschen in unserem Land nicht gegeneinander ausgespielt werden und kein junger Mensch abgehängt wird. Eine staatliche Förderung besagter Maßnahmen bleibt unverzichtbar.

Grundsätzlich setzen wir uns für gleiche Arbeits- und Ausbildungsbedingungen aller Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Aufenthaltsstatus ein. Aus gewerkschaftlicher Perspektive sind Vorschläge, die darauf abzielen gesetzliche und tarifliche Standards zu unterschreiten und damit Lohnkonkurrenz zu schüren, entschieden abzulehnen.

Vorschläge und Argumente, die dazu dienen die Gesellschaft zu spalten, sind für uns inakzeptabel. Unser Ziel, in einer solidarischen Gesellschaft zu leben und für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen einzutreten, kann nur durch gemeinsames Handeln erreicht werden.

Bildung ist die Antwort

Nur wenn wir hochwertige (Aus-) Bildung für alle Menschen verwirklichen, kann Integration gelingen. Integration und Bildung sind der Schlüssel, um die anstehenden Herausforderungen zu gestalten.

Der dualen Berufsausbildung kommt dabei eine besondere Rolle zu. Sie sichert den Arbeitsmarktzugang für junge Menschen, unabhängig ihrer sozialen Herkunft und ihres Schulabschlusses. Das Prinzip der Durchlässigkeit muss durch konkrete Maßnahmen, wie beispielsweise der assistierten Ausbildung, weiter gestärkt und ausgebaut werden. Gleichzeitig muss sich die berufliche Bildung im Zeitalter von Digitalisierung und Industrie 4.0 dem technologischen Fortschritt anpassen. Dieser Wandel darf aber nicht zur Spaltung der Belegschaften in gering- und hochqualifizierte Fachkräfte führen. Wir lehnen daher jede Form der Modularisierung, Schmalspurausbildungen bzw. weitere Verkürzungen und Verschlinkungen von Ausbildungszeiten ab.

Viel mehr brauchen wir eine qualitativ hochwertige Ausbildung mit klaren und verlässlichen Bedingungen. Aus Sicht der IG Metall Jugend gibt es daher tiefgreifenden Reformbedarf im Berufsbildungsgesetz sowie in den Landesschulgesetzen. Wir fordern klare gesetzliche Qualitätsstandards und die rechtliche Erfassung aller Formen der betrieblichen Ausbildung im Berufsbildungsgesetz.